

Rede zum Augsburger Ostermarsch 2010 am 30. März 2013 auf dem Rathausplatz in Augsburg

Klaus Stampfer, Augsburger Friedensinitiative (AFI) und Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Gruppe Augsburg

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, ich spreche hier für die Augsburger Friedensinitiative und für die Augsburger Gruppe der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen DFG-VK und ich darf euch alle herzlich zum 32. Augsburger Ostermarsch begrüßen. Bedanken möchte ich mich bei allen Organisationen, die den Ostermarsch-Aufruf unterstützt haben und sich am Ostermarsch beteiligen. Ein besonderer Gruß gilt den Vertretern der Presse. Heute haben wir auch einen Abgeordneten des Bundestages unter uns. Ich darf Alex Süßmair herzlich willkommen heißen.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, wir führen diesen Ostermarsch durch,

- weil wir wollen, dass die Rüstungsexporte gestoppt werden
- weil wir wollen, dass endlich Konflikte friedlich beigelegt werden
- weil wir wollen, dass Forschung und Lehre an den Universitäten nur friedlichen Zwecken dienen soll

Wir führen den diesjährigen Ostermarsch aber auch durch,

- weil wir nicht wollen, dass sich in dieser Stadt wieder Faschisten und Nazis breit machen
- weil wir nicht wollen, dass heute wieder die Neonazis beim Theater eine Kundgebung abhalten können.

Die NSU-Mordserie zeigt uns deutlich, welche Gefahren auch heute noch von diesen Faschisten ausgehen. Wir werden deshalb den Ostermarsch um eine Kundgebung gegen Rechts ergänzen. Diese beginnt hier auf dem Rathausplatz um 13 Uhr.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

am 20. März 2003, also vor zehn Jahren haben die USA und die Willigen völkerrechtswidrig den Irak angegriffen. Dieser Krieg war und ist ein Verbrechen. Hunderttausende Menschen wurden getötet. JustForeignPolicy schätzt auf ihrer Internetseite sogar, dass infolge der US-Invasion bis heute 1.455.590 tote Iraker zu beklagen sind. Fast täglich sterben weiterhin Duzende bei Bombenanschlägen und Attentaten. Der Krieg hat den Irak in ein wirtschaftliches, ökologisches und politisches Chaos gestürzt. Statt Demokratie herrscht Korruption. Dieser Krieg ist auch ein Verbrechen, weil dafür 2,2 Billionen Dollar ausgegeben wurden. Geld, das den Hungernden, Kranken und Armen vorenthalten wird. Verdient haben die Rüstungsindustrie und einige wenige Firmen. Die Schuldigen wurden nie zur Verantwortung gezogen und vor ein Gericht gestellt.

Was lernen diese Verbrecher daraus: Man muss nur mächtig genug sein, dann passiert einem nichts. Was lernen wir daraus: Krieg erzeugt unheimliches Leid und löst keine Probleme, sondern schafft nur neue. Die für die Kriege Verantwortlichen müssen endlich vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt werden.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Seit 11 Jahren führt die Bundeswehr Krieg in Afghanistan. Die Bundesregierung hat mit Unterstützung vieler Abgeordneter der SPD und Grünen diesen Kriegseinsatz erst im Januar wieder um ein Jahr verlängert.

Die Bundeswehr hat mit dazu beigetragen, dass in Afghanistan einen Scherbenhaufen hinterlassen wird. Zehntausende wurden getötet, die Infrastruktur ist zerstört und dem Land steht eine vom Westen eingesetzte korrupte Regierung vor, die nichts zu entscheiden hat, von den Afghanen nicht akzeptiert wird und mit Drogenbaronen durchsetzt ist. Laut Matin Baraki ist die Prostituiertendichte in Kabul höher als in St. Pauli, weil viele Kriegswitwen nur durch Prostitution überleben und ihre Kinder ernähren können.

Auch hieraus lernen wir: Mit Krieg können Demokratie oder Frauenrechte nirgendwohin gebombt werden.

Wir fragen uns: Wann lässt man endlich die Afghanen selbst über ihre Zukunft entscheiden? Und: Wir fordern den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Ende Februar hat die Regierung die Bundeswehr in einen neuen Kriegseinsatz in Mali zur Bekämpfung von Aufständischen geschickt. Die Aufstände in Mali sind Folge des Libyenkrieges, denn dabei konnten die Rebellen sich mit Waffen versorgen.

Mit diesem Kriegseinsatz wird Amodou Sanogos gestützt, ein Herrscher, der nicht mit demokratischen Wahlen, sondern mit einem Militärputsch in Mali an die Macht gekommen ist.

Mit diesem Kriegseinsatz der Bundeswehr werden die strategischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs in ihrem ehemaligen kolonialen Einflussgebiet abgesichert. Konkret geht es um den gesicherten Zugriff auf die Uranerz-Lagerstätten in Nordafrika.

Wir haben gelernt: Wie man ein Feuer nicht mit Benzin löschen kann, so lässt sich Terrorismus nicht mit Krieg und Militär besiegen. Krieg ist Terror!

Wir fordern daher: Beendet alle Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Deutschland ist der größte Rüstungsexporteur Westeuropas und weltweit an dritter Stelle. Die Folgen von Rüstungsexporten sind für die Menschen in den Empfängerländern verheerend. Statistisch gesehen stirbt irgendwo auf der Welt alle 14 Minuten ein Mensch durch Waffen aus Deutschland. Mit den Waffen eskalieren bestehende Konflikte, demokratische Bewegungen gegen Diktatoren werden gewaltsam unterdrückt und es wird bestimmt kein Frieden geschaffen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung weicht die bisher schon ungenügend gehandhabten Beschränkungen der Waffenlieferungen in Krisengebiete und an menschenverachtende Regime mit der neuen Merkel-Doktrin noch weiter auf und ist somit mitschuldig am Töten durch deutsche Waffen. Selbst wenn die schon weichen Waffenexportbeschränkungen eingehalten würden, sind sie eine Farce, denn auf Basis der heutigen Einschätzung von Staaten werden Waffen exportiert, die bis zu 50 Jahre im Einsatz sind und niemand kann vorhersehen, wie die Situation sich in den Empfängerländern entwickelt und wozu die Waffen dann wirklich eingesetzt werden. Die Waffen-Lieferungen der letzten Jahrzehnte liefern viele Beispiele.

Wir haben gelernt: Anscheinend sind der Bundesregierung die Profite der Rüstungsindustrie wichtiger als Menschenleben. Damit stellt sie alle humanitären Prinzipien auf den Kopf. Die Augsburger Friedensinitiative unterstützt daher die bundesweite Aktion „Aufschrei- Stoppt den Waffenhandel!“ Wir fordern das Verbot von Waffenexporten in den Grundgesetz Artikel 26 aufzunehmen.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

einige von euch werden sich gefragt haben, wieso ich mein Hosenbein hochgeschlagen habe. Damit möchte ich die internationale Kampagne „Lend Your Leg – Zeig Dein Bein für eine Welt ohne Minen“ unterstützen. Höhepunkt dieser Kampagne sind Aktionen am 4. April, dem internationalen Tag zur Aufklärung über die Minengefahr. In Berlin wird an diesem Tag bei einer Aktion vor dem Brandenburger Tor in Berlin von Handicap International eine Petition an die US-Botschaft übergeben werden. Die Kampagne fordert von der US-Regierung, endlich dem Vertrag über ein Verbot von Anti-Personen-Minen beizutreten. 162 Staaten haben dieses 1997 geschlossene Abkommen bereits unterzeichnet.

Minen und Streubomben sind in vielen Regionen die tödlichen Überbleibsel, die Jahrzehnte nach den Kriegen immer noch Menschen töten oder verstümmeln.

Wir schließen uns der Forderung an und stimmen anderen Akteuren dieser Kampagne zu, die sagen: „Jeder Mensch, der von einer Mine verletzt oder getötet wird, ist einer zu viel. Nur wenn endlich alle Staaten dieser Welt Minen verbieten, werden wir irgendwann keine Opfer mehr zu beklagen haben.“ Informationsmaterial dazu gibt es Infostand der AFI.

Ich danke euch.